

Kinderarmut in der Einwanderungsgesellschaft



Kinderarmut in der Einwanderungsgesellschaft

Autorin: Elke Bruckner

Gesellschaft für Beratung sozialer Innovation und Informationstechnologie



Kontakt:

Claudia Walther

Senior Project Manager

Programm Integration und Bildung

Bertelsmann Stiftung

Telefon 05241 81-81360

Mobile 0173 2664779

Fax 05241 81-681360

claudia.walther@bertelsmann-stiftung.de

Gütersloh, 2010

Inhaltsverzeichnis

1	Einführung	4
2	Kinderarmut in Zuwandererfamilien.....	7
3	Armutskonzepte und Datenquellen.....	8
3.1	Armutskonzepte	8
3.2	Datenquellen zum Ausmaß von Armut	9
3.3	Ausländer und Bevölkerung mit Migrationshintergrund	10
3.4	Armutsbetroffenheit der ausländischen Bevölkerung und der Bevölkerung mit Migrationshintergrund	12
4	Armut ausländischer Kinder in den Landkreisen und Städten.....	14
4.1	Armut ausländischer Kinder in Landkreisen	15
4.2	Armut ausländischer Kinder in Städten mit mehr als 500.000 Einwohnern	19
4.3	Armut ausländischer Kinder in Städten mit 200.000 bis unter 500.000 Einwohnern	22
4.4	Armut ausländischer Kinder in Städten mit 100.000 bis unter 200.000 Einwohnern	25
4.5	Armut ausländischer Kinder in Städten mit 50.000 bis unter 100.000 Einwohnern	27
5	Fazit	29
6	Abbildungen und Tabellen	32
7	Literatur.....	33
8	Endnoten	34

1 Einführung

Kinderarmut in der Einwanderungsgesellschaft
von Claudia Walther, Bertelsmann Stiftung

Kinder und Jugendliche aus Zuwandererfamilien sind überproportional von Armut¹ betroffen. Wie groß ist aber tatsächlich das Ausmaß der Kinderarmut in den Städten und Gemeinden Deutschlands? Wie groß sind die regionalen Unterschiede? Was sind die Ursachen für die überproportionale Kinderarmut in Zuwandererfamilien? Und was können Kommunen, aber auch überregionale Politik und Gesellschaft tun, um der Kinderarmut entgegen zu wirken?

Kinder und Jugendliche, deren Familien auf Arbeitslosengeld II angewiesen sind, haben häufig schlechtere Startpositionen, um in der Schule erfolgreich zu sein. Sie gehören zu einem nicht unerheblichen Teil zu bildungsfernen Familien, sie wohnen häufig in benachteiligten Stadtvierteln, die statistisch wesentlich geringere Übergangsquoten zum Gymnasium haben als wohlhabendere Stadtviertel, und ihre Eltern können oft keine Nachhilfe bezahlen. Umgekehrt ist aber gerade eine gute Bildung, die bereits mit frühkindlicher Förderung beginnt, die einzige Möglichkeit, später eine gute Ausbildung zu erlangen und damit die Chance auf einen guten Berufseinstieg. Gelingt es nicht, die Bildungschancen in Deutschland gerechter zu gestalten, werden viele junge Talente brach liegen gelassen. Potenziale bleiben ungenutzt. Vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels kann sich Deutschland die Nichtqualifizierung junger Einwohner, egal welcher Herkunft, jedoch nicht leisten. Das Thema Kinderarmut ist daher von herausragender gesellschaftlicher Bedeutung – in Hinblick auf die Kinder, auf das soziale Zusammenleben und auf die Wirtschaft.

Daten und Fakten

Erkenntnis 1:

Das Ausmaß der Kinderarmut in Zuwandererfamilien ist erschreckend groß.

In den Großstädten leben im Durchschnitt 42% der ausländischen Kinder und Jugendlichen im SGB II-Bezug (Hartz IV)! Dies ist ein alarmierendes Ergebnis der vorliegenden Studie, die einen dringenden Handlungsbedarf aufzeigt. Damit sind Kinder ohne deutschen Pass wesentlich häufiger von Kinderarmut betroffen, als Kinder und Jugendliche insgesamt. Letztere leben in Großstädten zu 25 % in Familien, die SGB II beziehen. Bei den Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die in vielen Fällen einen deutschen Pass bzw. eine doppelte Staatsbürgerschaft haben, dürfte der Anteil im SGB II-Bezug zwischen diesen beiden Werten liegen. Bei den Kindern und Jugendlichen unter 15 Jahren hat laut Mikrozensus² fast jeder dritte einen Migrationshintergrund³ (31,8%). Es haben 7,7 % aller Kinder und Jugendlichen keinen deutschen Pass. Sie werden in der Statistik als „Ausländer“ geführt. 24,1 % aller Jugendlichen haben zwar einen Migrationshintergrund aber verfügen über einen deutschen Pass. Sie werden in der amtlichen Statistik in der Regel nicht gesondert ausgewiesen. Daher kann in der vorliegenden Studie nur auf die Daten der „ausländischen“ Kinder und Jugendlichen zurückgegriffen werden – im Vergleich zu der Altersgruppe in der Gesamtbevölkerung. Sie bieten einen Einblick in die besonders prekäre soziale Lage dieser Gruppe „ausländischer“ Kinder und Jugendlichen und liefern gleichzeitig einen Hinweis auf die Gruppe der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund insgesamt. In vielen Studien liegen die Werte von

Kindern mit deutschem Pass und Migrationshintergrund zwischen denen der „ausländischen“ Bevölkerung und der Gesamtbevölkerung.

Die Daten der ausländischen Bevölkerung sowie der Gesamtbevölkerung zu diesen Themen sind unter www.wegweiser-kommune.de, einer online-Datenbank der Bertelsmann Stiftung, für alle Kommunen ab 5.000 Einwohner öffentlich einsehbar.

Erkenntnis 2:

Kinderarmut in Zuwandererfamilien ist regional sehr unterschiedlich.

Kinderarmut in Zuwanderfamilien tritt geballt vor allem in Großstädten, in Ballungszentren, auf. Untereinander gibt es wiederum erhebliche regionale Unterschiede von München bis Hamburg. Zwischen 13 % und 59 % betragen hier die Armutsquoten der ausländische Kinder und Jugendlichen!

Bei den mittleren Städten zwischen 50.000 und 100.000 Einwohnern leben im Durchschnitt mit 32% etwa jedes dritte Kind bzw. jeder dritte Jugendliche im SGB II-Bezug. Auch hier sind die regionalen Unterschiede enorm: zwischen 9 % und 81 %!

Es gibt zudem deutliche Unterschiede zwischen Städten und Kreisen. Der Ausländeranteil bei den Kindern und Jugendlichen (unter 15 Jahren) ist in den Landkreisen recht niedrig und liegt bei durchschnittlich 4,5 %. Bei den Großstädten dagegen liegt der Ausländeranteil in dieser Altersgruppe bei 13,1. Dies ist natürlich zu berücksichtigen, wenn die Armutsquoten einander gegenübergestellt werden. Bei den Landkreisen beträgt die Quote der ausländischen Kinder und Jugendlichen im SGB II-Bezug 23,1 %. Diese Werte variieren jedoch zwischen 7% und 53% der ausländischen Kinder und Jugendlichen, die auf Hartz IV angewiesen sind.

Es gibt signifikante Ost-West-Unterschiede: Während in Westdeutschland ausländische Kinder und Jugendliche überproportional von Kinderarmut betroffen sind, ist in Ostdeutschland zwar eine besonders hohe Kinderarmut zu verzeichnen, jedoch ist hier der Abstand zwischen ausländischen Kindern und den Kindern der Gesamtbevölkerung nicht auffällig.

Erkenntnis 3:

Kinderarmut sank vor der Krise, Kinderarmut in Zuwanderfamilien stieg

Während der Anteil von Kindern und Jugendlichen unter 15 Jahren, die in Familien mit SGB II-Bezug leben, im Jahr 2008 in westdeutschen Großstädten bei 24 % und bei ostdeutschen Großstädten bei 28 % lag, war er bei ausländischen Kindern und Jugendlichen wesentlich höher: im Durchschnitt bei 42%. In einer Reihe von Großstädten, beispielsweise Berlin, Hannover, Essen, leben mehr als die Hälfte der ausländischen Kinder und Jugendlichen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften! Während die allgemeine Kinderarmut vor der Krise (2008) ganz leicht rückläufig war, stieg die Kinderarmut bei ausländischen Kindern und Jugendlichen bereits vor der Krise an.

Wie sind die hohen regionalen Unterschiede zu erklären?

Es können in der vorliegenden Studie drei Gruppen von Kommunen identifiziert werden, in denen der Anteil von Kinderarmut in Zuwandererfamilien besonders hoch ist.

- a) Ehemalige Industriestädte, die von einem starken Strukturwandel geprägt sind
- b) Strukturschwache ländliche Regionen mit deutlichem demographischen Wandel
- c) Kreise im Umkreis von Städten mit ehemaligen Werften oder zurückgehendem Industriellen Sektor

Das größte Armutsrisiko ist die Arbeitslosigkeit. In den Großstädten, die zu der Gruppe a) gehören, wie beispielsweise viele Städte im Ruhrgebiet, ist die Arbeitslosigkeit bzw. Langzeitarbeitslosigkeit innerhalb der Zuwandererbevölkerung besonders hoch. Da zu den Boomzeiten der Industrieproduktion von Kohle und Stahl bis hin zur Chemieproduktion vor allem die sogen. „Gastarbeiter“ mit Einfachqualifikationen gefragt waren und gerade in diesen Industriebereichen die Arbeitsplätze zu tausenden wegfielen, wurden diese geringqualifizierten Arbeitskräfte kaum in den neuentstehenden Arbeitsplätzen im IT- und Dienstleistungssektor eingestellt. Eine ähnliche Entwicklung ist auch für die Kreise im Umland von Städten mit ehemaligen Werften zu verzeichnen.

In den Kreisen und Gemeinden der Gruppe b) ist durch Bevölkerungsrückgang und steigendem Anteil der älteren Bevölkerung sowie durch Wegzug vieler Jugendlicher auch das Angebot an attraktiven Ausbildungs- und Arbeitsplätzen gesunken.

Die Gründe für die besonders hohe Kinderarmut in Zuwandererfamilien liegen also in erster Linie in der strukturell bedingten hohen Arbeitslosigkeit in diesen Regionen.

Was kann gegen die hohe Kinderarmut in Zuwandererfamilien getan werden?

Die vorliegende Auswertung der Daten zeigt also einen deutlichen Handlungsbedarf auf. Neben der Frage, wie hoch der finanzielle Bedarf für Kinder und Jugendliche verschiedener Altersgruppen tatsächlich ist und nach welchem System Kinder und Jugendliche finanziell gefördert werden sollten, ist eine Stellschraube besonders relevant, um Kindern aus Familien im SGB II-Bezug Zukunftschancen aufzubauen. Zentral sind Bildung und frühkindliche Förderung von Geburt an. Die bedarfsdeckende Bereitstellung von Kita-Plätzen für U3-Jährige, flächendeckende Sprachstandserhebung sowie Sprachförderung im Kindergarten, individuelle Förderung in der Schule, Ganztagschulen mit warmem Mittagessen für jedes Kind sowie ein intelligentes Management der Übergänge zwischen Kindergarten und Schule, zwischen den verschiedenen Schulformen und zwischen Schule und Ausbildung sind hierbei unabdingbar. Auch kulturelle, musische und sportliche Bildung gehören dazu. Die Zusammenarbeit und Unterstützung der Eltern von Geburt an ist dabei auch ein Erfolgsfaktor, wie einzelne Beispiele aus Kommunen, die diesen Weg eingeschlagen haben, eindrucksvoll zeigen. Der Teufelskreis, von Armut der Eltern – schlechten Bildungschancen – schlechten Berufsaussichten – eigener Armut, kann nur durch diesen Weg der Bildung und individuellen Förderung von klein auf durchbrochen werden. Dies gilt für Kinder mit und ohne Migrationshintergrund gleichermaßen. Das Motto „früh investieren – statt spät reparieren“ ist also auf dieses Handlungsfeld in besonderer Weise anzuwenden.

Zur Studie Kinderarmut in Zuwandererfamilien

Die nun folgende Studie, die Elke Bruckner vom Institut GEBiT im Auftrag der Bertelsmann Stiftung verfasst hat, wertet einen interkommunalen Vergleich von Daten zur ausländischen Bevölkerung unter 15 Jahren im SGB II-Leistungsbezug im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung unter 15 Jahren aus.

Wir hoffen, dass die hier skizzierten Erkenntnisse einen Beitrag zur Fachdiskussion über die wichtigen Herausforderungen Kinderarmut und Integration in Kommunen leisten können.

2 Kinderarmut in Zuwandererfamilien

Von Elke Bruckner, GEBIT

Kinder und Jugendliche aus ausländischen Familien sind häufiger von Armut betroffen als deutsche Kinder und Jugendliche. Neben den Kindern allein Erziehender sind sie dem größten Armutsrisiko ausgesetzt⁴.

Die materielle Lage der Familie bestimmt den Spielraum, innerhalb dessen Kinder und Eltern ihr Leben gestalten können. Sie beeinflusst die Wohnsituation, die Ausstattung mit Spielzeug und Lernmaterialien und die Möglichkeiten der Teilhabe an den Aktivitäten Gleichaltriger.⁵ Sie beeinflusst damit auch die Bildungs- und zukünftigen Erwerbschancen dieser Kinder.⁶ Folgen von Armut sind im Gesundheitsstatus von Kindern festzustellen und Kinder aus armen Familien sind häufiger Gewalt ausgesetzt.⁷ Zwar kann die Armutslage durch entsprechende Strategien von Eltern und Kindern selbst bewältigt werden, insbesondere bei vielfältigen und komplexen Belastungen gelingt ein Ausgleich aber immer schlechter.⁵ Insofern stellen Armutslagen von Kindern auch ein wichtiges Integrationshindernis dar.

Angesichts der vielfältigen Folgen des Aufwachsens in prekären wirtschaftlichen Verhältnissen besteht ein breiter gesellschaftlicher Konsens über die Notwendigkeit der Bekämpfung von Kinderarmut. Armutsbekämpfung – insbesondere bei Kindern – wird daher als nationale Aufgabe betrachtet und ist z.B. im „Nationalen Aktionsplan für ein kindergerechtes Deutschland“ ausdrücklich als Aufgabe formuliert: „Die Herstellung und Wahrung eines ausreichenden Lebensniveaus für alle Kinder ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und erfordert gemeinsame Anstrengungen von Bund, Ländern, Gemeinden und gesellschaftlichen Akteuren“.⁸

Grundlage für eine wirkungsvolle Verbesserung der Situation von Kindern sind verlässliche Daten über das Ausmaß von Kinderarmut und über die Gruppen, die besonders davon betroffen sind. Auch wenn Armutsbekämpfung als nationale Aufgabe gesehen wird, zeigen sich die Folgen prekärer Lebensverhältnisse aber vor Ort in den Kommunen. Aussagen über Kinderarmut in Deutschland insgesamt verdecken daher sowohl eher positive Lebensverhältnisse von Kindern als auch die Ballung prekärer Lebensverhältnisse in bestimmten Regionen, Städten oder auch Ortsteilen innerhalb von Gemeinden. Grundlage für wirkungsvolles Handeln vor Ort sind daher kommunale Daten zum Ausmaß von Kinderarmut.

*Aufwachsen in Armut
hat zahlreiche
negative Folgen*

*Bekämpfung von
Kinderarmut als
nationale Aufgabe*

*Wirkungsvolle
Armutsbekämpfung
benötigt verlässliche
Daten über die
Situation vor Ort*

www.wegweiser-kommune.de bietet Kennzahlen zur Integration

Seit 2006 weist die Bertelsmann Stiftung im „Wegweiser Kommune“ (www.wegweiser-kommune.de) Daten zu den Politikfeldern demographischer Wandel, Finanzen, Bildung, soziale Lage und Integration für alle Gemeinden in Deutschland ab 5.000 Einwohnern aus. Das Kennzahlenset Integration beinhaltet neben Basisdaten zur ausländischen Bevölkerung auch Daten zum Bildungsbereich und zur sozialen Lage der ausländischen Bevölkerung im Vergleich zur Gesamtbevölkerung. Der Wegweiser beinhaltet wichtige Informationen über das Ausmaß von Armutsbetroffenheit auch für die Gruppe der jungen ausländischen Bürger vor Ort. Diese Daten bilden die Grundlage für die Analyse der Armut von Migrantenkindern in deutschen Städten.

Bevor im Folgenden auf die Ergebnisse dieser Datenauswertung eingegangen wird, wird zunächst die Frage behandelt, was unter Armut zu verstehen ist und wie sie gemessen werden kann. Welche Datenquellen stehen für die Messung von Armut und die Erfassung der ausländischen Bevölkerung sowie der Bevölkerung mit Migrationshintergrund zur Verfügung?

3 Armutskonzepte und Datenquellen

3.1 Armutskonzepte

Absolute Armut

Auch wenn über die Notwendigkeit der Bekämpfung von (Kinder)armut allgemeiner gesellschaftlicher Konsens besteht, gehen die Meinungen darüber, wann Armut beginnt und wie sie zu messen ist, auseinander. Einigkeit herrscht höchstens insofern, als in Deutschland nicht von absoluter Armut gesprochen wird, also von einem Einkommensniveau, das nicht ausreicht, um lebenswichtige Grundbedürfnisse zu decken.

Relative Armut

Relative Armutsgrenzen definieren Armut im Vergleich zum jeweiligen (regionalen) Umfeld einer Person. So werden in vielen Studien diejenigen Bevölkerungsgruppen als arm bezeichnet, die über weniger als 50% oder 60% des Medians des Nettoäquivalenzeinkommens verfügen.⁹ Entsprechende Armutgefährdungsquoten weisen den Anteil der Bevölkerung aus, deren Einkommen diese Grenze unterschreitet.

Bekämpfte und verdeckte Armut

Ein weiteres Konzept bezieht sich auf die sogenannte „bekämpfte Armut“. Hierbei wird an den Bezug von Sozialleistungen angeknüpft, die die Konsequenzen von Armut abmildern sollen. In Deutschland ist dies insbesondere der Bezug von Leistungen nach dem SGB II, also Arbeitslosengeld II bzw. Sozialgeld. Arbeitslosengeld II erhalten erwerbsfähige Personen zwischen 15 und 64 Jahren, die ihren Lebensunterhalt nicht (allein) aus eigenen Mitteln

bestreiten können. Ihre im Haushalt lebenden nicht erwerbsfähigen Familienangehörigen erhalten Sozialgeld. SGB-II-Leistungen sind die quantitativ bedeutsamsten Mindestsicherungsleistungen in Deutschland.¹⁰

Als Pendant zur bekämpften Armut wird auch von „verdeckter“ Armut gesprochen. Damit ist die Personengruppe gemeint, die zwar Anspruch auf Sozialleistungen hätte, diese jedoch nicht in Anspruch nimmt.

3.2 Datenquellen zum Ausmaß von Armut

Um differenzierte Armutskonzepte, wie sie z.B. der OECD-Skala zugrunde liegen, empirisch zu erfassen, werden genaue Daten über die Einkommenssituation der Bevölkerung benötigt. Solche Daten werden z.B. im Mikrozensus¹¹ oder im Sozio-ökonomischen-Panel (SOEP)¹² erfasst. Da es sich hierbei jeweils um Stichprobenerhebungen handelt, können diese Daten aber nicht auf einzelne Gemeinden heruntergebrochen werden. Mit Ausnahme von Großstädten, für die Auswertungen des Mikrozensus vorliegen, gibt es daher keine flächendeckenden kommunalen Daten, die ausweisen könnten, wie hoch der Anteil der Einwohner ist, die über weniger als 50% oder 60% des Durchschnittseinkommens in einer Kommune verfügen.

Um die Lage in einzelnen Kommunen zu bewerten, wird daher meist auf Daten zum SGB-II-Bezug zurückgegriffen. Die Bundesagentur für Arbeit veröffentlicht diese Daten auch auf kommunaler Ebene und stellt sie den Kommunen unter bestimmten Voraussetzungen auch auf kleinräumiger Ebene zur Verfügung, so dass auch innerhalb einer Gemeinde Räume mit unterschiedlicher sozialer Belastung identifiziert werden können.¹³

Da SGB-II-Leistungen bis zum 65. Lebensjahr bezogen werden können, werden die Daten zu SGB-II-Empfängern zur Berechnung von Quoten auf die Bevölkerung dieses Alters bezogen. Die ebenfalls von der Bundesagentur für Arbeit zur Verfügung gestellten Daten zu den SGB-II-Empfängern unter 15 Jahren werden auf die altersgleiche Bevölkerung bezogen.

Da im Wegweiser Kommune Daten für alle Gemeinden in Deutschland ab 5.000 Einwohnern ausgewiesen werden, wurde auch hier auf SGB-II-Daten der Bundesagentur für Arbeit zurückgegriffen, d.h. auch hier wird „bekämpfte Armut“ betrachtet.

Daten zu differenzierten Armutskonzepten liegen nicht auf kommunaler Ebene vor

Kommunale Daten zum SGB-II-Bezug geben Auskunft über „bekämpfte Armut“ vor Ort

3.3 Ausländer und Bevölkerung mit Migrationshintergrund

Will man die spezifische Situation der Bevölkerung mit Migrationshintergrund untersuchen, bestehen ebenfalls Unterschiede in der Datenverfügbarkeit auf Gemeinde- und überregionaler Ebene.

Auf Gemeindeebene liegen lediglich Daten zur ausländischen Bevölkerung vor

Während im Mikrozensus neben der Staatsangehörigkeit weitere Merkmale wie etwa Informationen über Einbürgerungen oder die Zuwanderung der Eltern erfasst werden, die als Kriterien für einen Migrationshintergrund gelten können,¹⁴ liegen auf Gemeindeebene bis auf wenige Ausnahmen nur Daten zum ausländerrechtlichen Status von Personen vor. In der amtlichen Bevölkerungsfortschreibung¹⁵ wird lediglich zwischen Deutschen und Ausländern unterschieden. Eingebürgerte Personen, Spätaussiedler oder Kinder ausländischer Eltern, die mit der Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten haben, können nicht identifiziert werden.¹⁶ Auch die Daten der Bundesagentur für Arbeit berücksichtigen lediglich den ausländerrechtlichen Status.

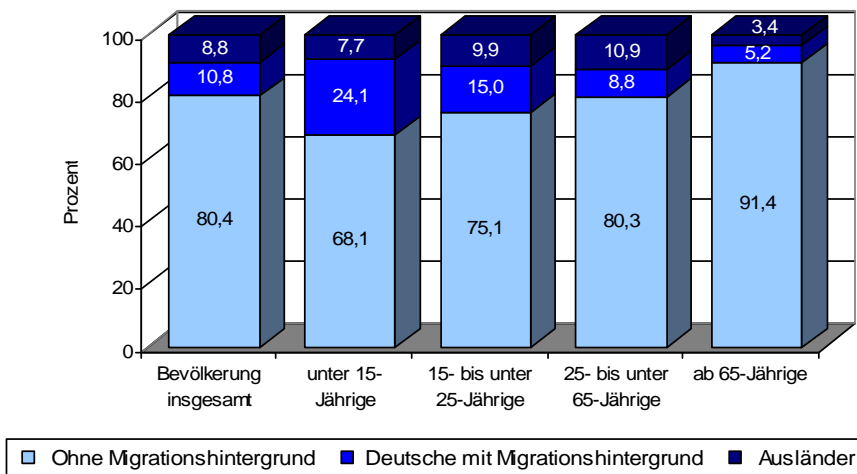
2009 besaß fast ein Fünftel der deutschen Bevölkerung einen Migrationshintergrund, 8,8% davon waren Ausländer

Damit kann auf Gemeindeebene lediglich die bekämpfte Armut bei der ausländischen Bevölkerung betrachtet werden. Ausländer machen jedoch nur einen Teil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund aus. Wie die folgende Abbildung 1 zeigt, waren nach Ergebnissen des Mikrozensus 2009 8,8% der Bevölkerung in Deutschland Ausländer. Weitere 10,8% besaßen zwar die deutsche Staatsangehörigkeit, waren aber Kinder von Ausländern oder Zugewanderten, Spätaussiedler oder wurden eingebürgert. Insgesamt lag der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund damit bei fast einem Fünftel.

In den jüngeren Altersgruppen ist der Anteil der Deutschen mit Migrationshintergrund besonders hoch

Der Anteil der ausländischen Personen und der Deutschen mit Migrationshintergrund ist in den einzelnen Altersgruppen recht unterschiedlich. Vor allem bei den jüngsten, den unter 15-Jährigen, ist die Zahl der Ausländer im Vergleich zu den deutschen Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund relativ gering. Lediglich 7,7% dieser Altersgruppe besitzen einen ausländischen Pass, fast ein Viertel der unter 15-Jährigen besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit, hat aber einen Migrationshintergrund. Damit liegt der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund an der Bevölkerung unter 15 Jahren bei insgesamt 31,8%. In den nachfolgenden Altersgruppen steigt der Ausländeranteil an, der Anteil der Deutschen mit Migrationshintergrund ist dagegen geringer. Auch insgesamt ist der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund bei den ab 15-Jährigen niedriger.

Abbildung 1: Zusammensetzung der Bevölkerung in den Altersgruppen nach Migrationshintergrund und Staatsangehörigkeit 2009



Quelle: Statistisches Bundesamt 2010, Mikrozensus

Der Ausländeranteil an der Bevölkerung hat insbesondere in den jüngeren Altersgruppen seit dem Jahr 2000 kontinuierlich abgenommen. Seit diesem Zeitpunkt können in Deutschland geborene Kinder von Ausländern mit der Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten, wenn ihre Eltern bestimmte Voraussetzungen erfüllen.¹⁷ Die folgende Tabelle 1 zeigt diese Entwicklung in den Bundesländern seit 2005. So ist beispielsweise der Ausländeranteil an den unter 15-Jährigen in Nordrhein-Westfalen seit 2005 von 10,8% auf 9,3% 2008 gesunken. Betrachtet man die Altersgruppen bis 8 Jahre – 2008 waren die ersten, die die neuen Gesetzesmöglichkeiten in Anspruch nehmen konnten, bereits 8 Jahre alt –, ist der Rückgang noch weitaus größer.

Seit dem Jahr 2000 hat der Ausländeranteil unter Kindern und Jugendlichen abgenommen

Tabelle 1: Anteil der Ausländer an der Bevölkerung unter 15 Jahren in den Bundesländern 2005 bis 2008

Bundesland	Anteil der Ausländer an der Bevölkerung unter 15 Jahren			
	2005	2006	2007	2008
Schleswig-Holstein	4,8	4,5	4,0	4,0
Hamburg	13,7	12,7	11,8	10,9
Niedersachsen	6,3	5,9	5,6	5,3
Bremen	15,4	15,0	14,7	14,1
Nordrhein-Westfalen	10,8	10,3	9,7	9,3
Hessen	11,4	10,9	10,4	*
Rheinland-Pfalz	8,2	7,9	7,5	7,2
Baden-Württemberg	10,1	9,5	9,0	8,5
Bayern	7,3	6,8	6,4	6,0
Saarland	8,6	8,1	7,8	7,5
Berlin	14,5	13,7	13,0	12,5
Brandenburg	2,7	2,6	2,4	2,3
Mecklenburg-Vorpommern	3,0	2,9	2,7	2,6
Sachsen	2,7	2,5	2,3	2,1
Sachsen-Anhalt	2,9	2,8	2,7	2,5
Thüringen	2,4	2,2	2,1	2,0

Quelle: www.wegweiser-kommune.de, Integration

* Daten zur ausländischen Bevölkerung in Hessen liegen für das Jahr 2008 nicht vor.

3.4 Armutsbetroffenheit der ausländischen Bevölkerung und der Bevölkerung mit Migrationshintergrund

Ausländer und Personen mit Migrationshintergrund sind einem höheren Armutsrisiko ausgesetzt

Alle empirischen Studien zum Thema Armut zeigen, dass Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit bzw. Personen mit Migrationshintergrund häufiger von Armut betroffen sind als Deutsche oder Personen ohne Migrationshintergrund. So weist die Auswertung des Mikrozensus 2008 für Deutschland aus, dass 31,6% der Ausländer und 26,2% der Bevölkerung mit Migrationshintergrund über weniger als 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen verfügen (Tabelle 2). Bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund liegt die Armutsgefährdungsquote lediglich bei 11,6%. Kinder und Jugendliche sind ebenfalls häufiger als der Durchschnitt der Bevölkerung von Armut betroffen. 14,4% der Bevölkerung fallen unter die Armutsgrenze, aber 18,4% der unter 18-Jährigen.

Ausländer, Personen mit Migrationshintergrund und Kinder sind häufiger auf SGB-II-Leistungen angewiesen

In der letzten Spalte der Tabelle 2 ist der Anteil der jeweiligen Bevölkerungsgruppen mit Bezug von SGB-II-Leistungen ausgewiesen. Hier wird also bekämpfte Armut dargestellt. 2008 erhielten demnach 10,1% der Bevölkerung unter 65 Jahren Leistungen nach dem SGB II. In der ausländischen Bevölkerung dieses Alters ist der Anteil fast doppelt so hoch. Wie die weiteren Zahlen zeigen, sind Kinder besonders häufig auf SGB-II-Leistungen angewiesen.

15,6% der Kinder unter 15 und ein Fünftel der Kinder unter 6 Jahren erhielten 2008 Sozialgeld.

Da sich Armutsgefährdungsquoten und SGB-II-Quoten auf unterschiedliche Altersgruppen beziehen, können sie nicht direkt miteinander verglichen werden. Hinzu kommt, dass Armutsgefährdungsquoten, die für einzelne Bundesländer oder z.B. Großstädte vorliegen, jeweils das örtliche Einkommensniveau berücksichtigen, während dies bei der gesetzlichen Sozialleistung nach dem SGB-II nicht der Fall ist (vgl. 3.2). Studien haben aber gezeigt, dass ein enger Zusammenhang zwischen diesen beiden Werten besteht,¹⁸ d.h. dass die SGB-II-Quote die Armutsgefährdung in einem Gebiet relativ gut abbildet.

*Enger Zusammenhang
zwischen Armuts-
gefährdungsquote und
SGB-II-Quote*

Tabelle 2: Armutsgefährdungsquoten und SGB-II-Quoten nach Migrationshintergrund und Staatsangehörigkeit 2008

	Armutsgefährdungsquote 2008*	SGB-II-Quote 2008**
Insgesamt	14,4	10,1
Ohne Migrationshintergrund	11,6	
Mit Migrationshintergrund	26,2	
Ausländer	31,6	19,0
Unter 18-Jährige insgesamt	18,4	
Unter 15-Jährige		15,6
Unter 6-Jährige		19,9

Quelle: Mikrozensus 2008, www.amtliche-sozialberichterstattung.de

* Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet (vgl. 6).

** Anteil der Bezieher von Leistungen nach dem SGB-II an der Bevölkerung unter 65 Jahren bzw. den genannten Altersgruppen. Quote für die ausländische Bevölkerung: 2007.

Die Ursachen für die unterschiedliche Armutsgefährdung der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund sind u.a. in einem vergleichsweise niedrigen Bildungs- und Qualifikationsniveau der ausländischen bzw. Migrantenbevölkerung zu suchen. Damit können auf dem Arbeitsmarkt nur geringe Einkommen erzielt werden bzw. es besteht ein erhebliches Risiko der Arbeitslosigkeit.

*Ursachen für Armut
sind u.a. niedriges
Bildungs- und
Qualifikationsniveau*

Wie die folgende Tabelle 3 zeigt, sind insgesamt lediglich 4% der ab 25-Jährigen in Deutschland ohne Schulabschluss. In der Bevölkerung mit Migrationshintergrund liegt der Anteil bei 16,2%. Betrachtet man in dieser Gruppe nur die Ausländer, sind es sogar 21,7%. Ähnliche Unterschiede bestehen, wenn man das Fehlen eines qualifizierenden Berufsabschlusses in Betracht zieht.

Tabelle 3: Anteil der ab 25-Jährigen ohne Schulabschluss und ohne qualifizierenden Berufsabschluss nach Migrationshintergrund und Staatsangehörigkeit 2009

	Anteil der Bevölkerung ab 25 Jahren ohne Schulabschluss	Anteil der Bevölkerung ab 25 Jahren ohne qualifizierenden Berufsabschluss
Bevölkerung insgesamt	4,0	23,4
Ohne Migrationshintergrund	2,0	20,7
Mit Migrationshintergrund	16,2	48,2
Ausländer	21,7	53,9

Quelle: Statistisches Bundesamt 2010, Mikrozensus

Im Vergleich zur gesamten Zuwanderungsbevölkerung weist die Gruppe der Ausländer eine schlechtere Integrationsbilanz aus

Zur Gruppe der Bevölkerung mit Migrationshintergrund gehören neben Ausländern z.B. auch Eingebürgerte. Wie Studien gezeigt haben, sind eingebürgerte Ausländer besser integriert, sie verfügen über höhere Schul- und Berufsabschlüsse, sind häufiger erwerbstätig und seltener arbeitslos als Ausländer.¹⁹ Wird nur die Gruppe der Ausländer betrachtet, ergibt sich also insgesamt eine schlechtere Integrationsbilanz als bei Einbezug weiterer Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund. Dies sollte mit bedacht werden, wenn auf kommunaler Ebene lediglich Daten zur ausländischen Bevölkerung betrachtet werden können.

4 Armut ausländischer Kinder in den Landkreisen und Städten

Armut ausländischer Kinder in Landkreisen und Städten verschiedener Größenordnung

Wie sieht die Situation ausländischer Kinder und Jugendlicher 2008 vor Ort in den Kommunen aus? Hat sich der Anteil der ausländischen Kinder und Jugendlichen, die auf SGB-II-Leistungen angewiesen sind, seit 2006 verändert? Um diese Fragen zu beantworten, werden die Daten zum SGB-II-Bezug ausländischer Kinder und Jugendlicher in den Landkreisen und Städten mit mindestens 50.000 Einwohnern, wie sie im Wegweiser Kommune veröffentlicht wurden, genauer untersucht. Um die unterschiedliche Größe der Kommunen zu berücksichtigen, wird dabei zwischen Landkreisen und Städten verschiedener Größenordnung unterschieden. Neben den Großstädten ab 500.000 Einwohnern werden auch Städte mit 200.000 bis unter 500.000, Städte mit 100.000 bis unter 200.000 und Städte mit 50.000 bis unter 100.000 Einwohnern jeweils getrennt betrachtet. Hierbei wird keine Unterscheidung zwischen kreisfreien und kreisangehörigen Städten getroffen.²⁰

4.1 Armut ausländischer Kinder in Landkreisen

In Deutschland gibt es 301 Landkreise. Die ausländische Bevölkerung konzentriert sich vor allem in den Städten, so dass der Ausländeranteil auch unter Kindern und Jugendlichen in Landkreisen relativ niedrig ist. Der durchschnittliche Ausländeranteil in Landkreisen liegt bei 4,7% insgesamt und bei 4,5% in der Gruppe der unter 15-Jährigen. In den Landkreisen Westdeutschlands sind diese Anteile mit 6,8% bis 5,2% etwas höher, in den Landkreisen in Ostdeutschland liegen beide Anteile bei 1,7%.

Niedriger Ausländeranteil in Landkreisen

Die folgende Tabelle 4 weist die 10 Landkreise mit den niedrigsten und den höchsten SGB-II-Quoten für unter 15-jährige Ausländer im Jahr 2008 aus.²¹ Des Weiteren werden die Ausländeranteile sowie weitere SGB-II-Quoten ausgewiesen.

Wie sich zeigt, ist die Spannweite der SGB-II-Quoten für die ausländische Bevölkerung unter 15 Jahren bei den Landkreisen sehr groß. Sie reicht von 6,9% im Landkreis Vulkaneifel in Rheinland-Pfalz bis zu 53% im Landkreis Wesermarsch in Niedersachsen. Über alle Landkreise betrachtet, liegt die mittlere Quote bei fast einem Viertel, wobei sich west- und ostdeutsche Landkreise kaum unterscheiden.

Große Spannweite der SGB-II-Quoten in Landkreisen

Sowohl im Landkreis Vulkaneifel als auch im Landkreis Wesermarsch ist der Ausländeranteil an der Bevölkerung unter 18 Jahren mit weniger als 5% recht niedrig. Von den wenigen ausländischen Kindern im Landkreis Wesermarsch sind demnach besonders viele von Armut betroffen. Die Ursache hierfür dürfte u.a. in der Wirtschaftsstruktur zu finden sein. In diesem Landkreis entlang der Weser existiert eine alte Industriekultur, die früher vor allem ungelernete ausländische Arbeitskräfte angezogen hat und deren Krise nun mit zu einer starken Armutsbetroffenheit dieser Bevölkerungsgruppe beigetragen hat.

Auch die SGB-II-Quote für unter 15-Jährige insgesamt ist in den Landkreisen mit besonders hoher Armut unter ausländischen Kindern vergleichsweise hoch. Allerdings sind die entsprechenden Quoten für die ausländischen Kinder und Jugendlichen etwa dreimal so hoch wie im Durchschnitt. Bei den Landkreisen mit den niedrigsten Werten ist die Quote für die ausländischen Kinder und Jugendlichen etwa doppelt so hoch wie im Durchschnitt.

Deutliche Unterschiede bestehen dabei zwischen Landkreisen in West- und Ostdeutschland. Während in westdeutschen Landkreisen ausländische Kinder mehr als doppelt so häufig Sozialgeld erhalten als im Durchschnitt, besteht in den ostdeutschen Land-

Hohe Kinderarmut in Ostdeutschland, Ausländerkinder aber nicht häufiger betroffen

kreisen kaum ein Unterschied zwischen den Quoten für Kinder unter 15 Jahren insgesamt und den Quoten für gleichaltrige Ausländerkinder. Insgesamt aber bedeutet das, dass Kinderarmut in den ostdeutschen Ländern weitaus häufiger anzutreffen ist als in Westdeutschland.

Kein Zusammenhang zwischen Ausländeranteil und SGB-II-Bezug von Ausländerkindern

Hinsichtlich des Ausländeranteils in dieser Altersgruppe bestehen zwischen den 10 Landkreisen mit den höchsten und den niedrigsten Werten kaum Unterschiede. D.h. unabhängig davon, wie hoch der Ausländeranteil ist, stellt sich die Situation in den Kreisen für ausländische Kinder und Jugendliche sehr unterschiedlich dar. So findet sich beispielsweise im Landkreis Recklinghausen im Ruhrgebiet mit einem Ausländeranteil von 9,1% in der Bevölkerung unter 15 Jahren eine ähnlich hohe SGB-II-Quote ausländischer Kinder wie im Landkreis Friesland, wo lediglich 2,9% der unter 15-Jährigen einen ausländischen Pass besitzen. Eine ähnlich hohe SGB-II-Quote betrifft damit im Landkreis Friesland eine viel geringere Zahl von ausländischen Kindern als im Landkreis Recklinghausen.

Tabelle 4: Ausländeranteil und SGB-II-Quoten in den Landkreisen 2008

Bundesland	Landkreis	Ausländeranteil		SGB-II-Quoten			
		a.d. Bevölkerung insgesamt	a.d. Bevölkerung unter 15 Jahren	Ausländ. Bevölkerung unter 15 Jahren	Bevölkerung unter 15 Jahren insgesamt	Ausländ. Bevölkerung unter 65 Jahren	Bevölkerung unter 65 Jahren insgesamt
	Mittel Landkreise gesamt	4,7	4,5	23,1	12,6	13,9	8,1
	Mittel Landkreise Westdeutschland	6,8	5,2	22,8	9,6	13,0	6,2
	Mittel Landkreise Ostdeutschland	1,7	1,7	24,2	23,9	17,5	15,4
Rheinland-Pfalz	LK Vulkaneifel	3,9	3,5	6,9	9,5	6,5	6,2
Baden-Württemberg	LK Biberach	8,6	3,7	7,4	3,5	4,4	3,4
Bayern	LK Garmisch-Partenkirchen	5,6	6,4	7,4	5,2	4,7	2,3
Bayern	LK Freising	7,7	7,4	7,7	2,8	4,0	2,3
Bayern	LK Ebersberg	8,6	5,7	7,7	2,9	4,5	2,1
Bayern	LK Miesbach	11,6	4,6	7,7	3,5	3,4	1,6
Bayern	LK Aichach-Friedberg	11,5	3,2	8,0	3,0	3,9	3,7
Bayern	LK Erlangen-Höchstadt	5,8	3,6	8,0	3,0	4,2	2,0
Bayern	LK Berchtesgadener Land	5,4	6,2	8,0	6,3	4,7	2,0
Baden-Württemberg	LK Bodenseekreis	9,4	6,3	8,2	3,7	5,4	3,0
Hessen	LK Limburg-Weilburg	7,6	8,3	44,2	15,2	31,5	9,4
Niedersachsen	LK Nienburg (Weser)	5,3	4,7	45,9	15,8	23,5	9,9
Niedersachsen	LK Hameln-Pyrmont	7,7	6,9	46,3	18,4	27,2	12,5
Niedersachsen	LK Celle	4,9	3,8	46,5	18,2	27,7	11,8
NRW	LK Recklinghausen	8,8	9,1	46,6	22,3	29,1	14,1
Niedersachsen	LK Friesland	3,2	2,9	46,7	12,6	24,6	9,2
Hessen	LK Gießen*	7,4	6,3	47,0	15,9	27,2	9,7
Niedersachsen	LK Hannover	10,2	8,8	49,0	20,9	30,1	13,0
NRW	LK Paderborn	6,7	3,3	51,1	13,3	20,4	8,9
Niedersachsen	LK Wesermarsch	6,2	4,1	53,0	18,9	22,5	11,9

Quelle: www.wegweiser-kommune.de, Integration

* 2007

Wie die in Tabelle 4 vorgestellten Ergebnisse schon andeuten, spielt auch die Situation im Bundesland eine Rolle. Während unter den 10 Landkreisen mit den niedrigsten Werten vor allem bayerische Landkreise vertreten sind, sind Landkreise aus diesem Bundesland in der Gruppe der Kreise mit den höchsten SGB-II-Quoten für ausländische Kinder gar nicht zu finden. Dieses Ergebnis wird noch einmal bestätigt, wenn man betrachtet, wie hoch der Anteil der Landkreise in einem Bundesland ist, in denen die SGB-II-Quote für ausländische Kinder und Jugendliche über dem Durchschnitt aller Landkreise liegt. Diese Anteile sind in der folgenden Tabelle 5 ausgewiesen.

Große Unterschiede zwischen den Bundesländern

In Schleswig-Holstein, Sachsen-Anhalt und Niedersachsen sind in über 90% der jeweiligen Landkreise überdurchschnittliche SGB-II-Quoten für ausländische Kinder und Jugendliche festzustellen. In den östlichen Bundesländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen verzeichnen weniger als die Hälfte der Landkreise überdurchschnittliche Quoten für die ausländischen Kinder und Jugendlichen und in Baden-Württemberg gibt es keinen einzigen Landkreis, in dem dieser Wert über dem Bundesdurchschnitt liegt.

*In Ostdeutschland
hohe Kinderarmut*

Betrachtet man die Kinderarmut insgesamt, ergibt sich ein anderes Bild. In allen Landkreisen Mecklenburg-Vorpommerns, Sachsens und Sachsen-Anhalts sowie in mehr als 90% der Landkreise in Brandenburg und Thüringen liegt die SGB-II-Quote für die Bevölkerung unter 15 Jahren über dem Bundesdurchschnitt. In Landkreisen der westlichen Bundesländer stellt sich die Situation besser dar. Lediglich in Schleswig-Holstein und Niedersachsen haben zwei Drittel der Landkreise überdurchschnittliche SGB-II-Quoten für die Bevölkerung unter 15 Jahren zu verzeichnen. In allen anderen westlichen Bundesländern liegen diese Anteile bei unter 50%. In Baden-Württemberg gibt es erneut keinen einzigen Landkreis mit einer Quote über dem Bundesdurchschnitt und in Bayern hat lediglich ein Landkreis von 71 eine SGB-II-Quote für Kinder und Jugendliche zu verzeichnen, die über dem Bundesdurchschnitt aller Landkreise liegt.

Das bedeutet, dass ausländische Kinder und Jugendliche ausgerechnet in den Regionen, in denen eine besonders hohe Kinderarmut festzustellen ist, nämlich in den Landkreisen Ostdeutschlands, vergleichsweise selten von Armut betroffen sind. Dies dürfte u.a. an der Zusammensetzung der ausländischen Bevölkerung in Ostdeutschland liegen. Während in westlichen Bundesländern die Bevölkerung mit türkischer Herkunft dominiert, stellen Vietnamesen in Ostdeutschland die größte Migrantengruppe. Letztere haben insgesamt eine bessere Integrationsbilanz aufzuweisen, insbesondere wenn man den Bereich Bildung betrachtet.²²

Auch andere Daten des Wegweisers Kommune belegen diese Ost-West-Unterschiede. Betrachtet man beispielsweise den Anteil der ausländischen Schulabgänger, die die Schule mit der allgemeinen Hochschulreife verlassen, ergibt sich für Nordrhein-Westfalen mit einem besonders hohen Anteil von Ausländern türkischer Herkunft 2007 ein Wert von 11,1%, für Brandenburg, wo Zuwanderer vietnamesischer Herkunft, die häufig in bildungsorientierten Familien leben, die größte Ausländergruppe stellen, jedoch ein Wert von 42,7%.

Gleichzeitig gilt es auch hier mit zu bedenken, dass der Ausländeranteil an der Bevölkerung in den ostdeutschen Landkreisen sehr niedrig ist. Zusammen mit niedrigen SGB-II-Quoten für Kinder und Jugendliche in diesen Bundesländern bedeutet dies, dass erheblich weniger Ausländerkinder dort von Armut betroffen sind.

Tabelle 5: Anteil der Landkreise in den Bundesländern mit überdurchschnittlichen SGB-II-Quoten 2008

Bundesland	Anteil der Landkreise mit überdurchschnittlichen SGB-II-Quoten für die ausländ. Bevölkerung unter 15 Jahren	Anteil der Landkreise mit überdurchschnittlichen SGB-II-Quoten für die Bevölkerung unter 15 Jahren insgesamt
Schleswig-Holstein	90,9	63,6
Niedersachsen	89,5	63,2
Nordrhein-Westfalen	61,3	45,2
Hessen	81,0	28,6
Rheinland-Pfalz	20,8	12,5
Baden-Württemberg	0,0	0,0
Bayern	9,9	1,4
Saarland	83,3	50,0
Brandenburg	35,7	92,9
Mecklenburg-Vorpommern	41,7	100,0
Sachsen	70,0	100,0
Sachsen-Anhalt	90,9	100,0
Thüringen	41,2	94,1

Quelle: www.wegweiser-kommune.de; Berechnungen GEBIT

Von 2006 bis 2008 ist die Kinderarmut in den Landkreisen geringfügig zurückgegangen. 2008, also noch vor der Finanz- und Wirtschaftskrise, lag die SGB-II-Quote für Kinder und Jugendliche unter 15 Jahren um 1,3 Prozentpunkte niedriger als zwei Jahre zuvor. Unter ausländischen Kindern ist ein solcher Rückgang nicht festzustellen.

Geringer Rückgang der Kinderarmut in Landkreisen seit 2006, jedoch nicht bei ausländischen Kindern

4.2 Armut ausländischer Kinder in Städten mit mehr als 500.000 Einwohnern

In Deutschland gibt es 14 Großstädte mit mehr als 500.000 Einwohnern. In der folgenden Tabelle 6 sind die Ausländeranteile, die SGB-II-Quoten sowie die Armutsgefährdungsquoten für diese Städte ausgewiesen.

Tabelle 6: Ausländeranteile, SGB-II-Quoten und Armutsgefährdungsquoten in Städten ab 500.000 Einwohnern 2008

Bundesland	Stadt	Ausländeranteil		SGB-II-Quoten				Armutsgefährdungsquoten Median Stadt**
		a.d. Bevölkerung	a.d. Bevölkerung unter 15 J.	Ausländ. Bevölkerung unter 15 J.	Bevölkerung unter 15 J. insgesamt	Ausländ. Bevölkerung unter 65 J.	Bevölkerung unter 65 J. insgesamt	
	Mittel Großstädte insgesamt	15,2	13,1	41,7	24,6	23,7	14,5	
	Mittel Großstädte Westdeutschland (incl. Berlin)*	16,8	14,5	42,7	24,0	24,2	14,0	
	Mittel Großstädte Ostdeutschland	5,6	4,5	35,8	28,0	20,7	17,2	
Sachsen	Dresden	4,7	3,8	26,8	22,5	17,4	14,2	17,1
Bayern	München	23,4	14,5	27,4	11,6	9,9	6,4	17,7
Baden-Württemberg	Stuttgart	22,9	17,8	29,0	14,6	13,5	8,1	17,7
Nordrhein-Westfalen	Düsseldorf	18,1	16,4	34,5	21,9	21,3	13,1	16,2
Hessen	Frankfurt am Main	20,7	20,1	35,3	22,5	21,6	12,5	17,8
Bremen	Bremen	13,0	14,8	41,3	28,4	28,6	16,5	18,1
Hamburg	Hamburg	13,8	10,9	42,4	23,0	23,1	13,5	16,1
Sachsen	Leipzig	6,5	5,1	44,7	33,4	24,0	20,1	18,3
Bayern	Nürnberg	16,8	13,0	47,1	20,8	23,8	11,8	16,8
Nordrhein-Westfalen	Köln	16,5	15,0	48,3	23,6	27,4	14,0	18,3
Nordrhein-Westfalen	Dortmund	15,9	13,2	48,5	27,6	26,4	17,1	16,2
Niedersachsen	Hannover	14,5	12,6	52,2	28,4	31,6	16,6	19,8
Nordrhein-Westfalen	Essen	12,1	13,1	52,4	30,2	31,5	17,9	17,7
Berlin	Berlin	14,0	12,5	53,4	35,7	31,2	21,0	14,3

Quelle: Statistisches Bundesamt, Auswertung des Mikrozensus 2008, www.amtliche-sozialberichterstattung.de

Übrige Daten: www.wegweiser-kommune.de

* Berlin wurde aufgrund des hohen Ausländeranteils an der Bevölkerung den westdeutschen Großstädten zugeordnet.

** Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten in der jeweiligen Großstadt bzw. in Deutschland insgesamt je 100 Personen. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

Der Ausländeranteil an den Kindern und Jugendlichen in diesen Großstädten variiert zwischen etwa einem Fünftel in Frankfurt a.M. und 3,8% in Dresden. Lässt man die beiden Großstädte in Ostdeutschland außer Acht, liegt der mittlere Ausländeranteil an der Bevölkerung unter 15 Jahren in den westdeutschen Großstädten bei knapp 15% und an der Gesamtbevölkerung bei knapp 17%. Den höchsten Ausländeranteil an der Bevölkerung hat München zu verzeichnen, wo fast ein Viertel der Einwohner keinen deutschen Pass besitzt. In der Gruppe der unter 15-jährigen Münchner entspricht der Ausländeranteil mit 14,5% aber etwa dem Durchschnitt westdeutscher Großstädte.

Im Mittel sind 15% der Kinder unter 15 Jahren in westdeutschen Großstädten Ausländer

Der Anteil der Einwohner, die SGB-II-Leistungen erhalten, ist in den Großstädten generell hoch. Die mittlere SGB-II-Quote liegt bei 14,5%. In Berlin und Leipzig ist jeweils etwa ein Fünftel der Bevölkerung unter 65 Jahren auf SGB-II-Leistungen angewiesen. Lediglich in München und Stuttgart liegen die entsprechenden Werte unter 10%.

Hohe SGB-II-Quoten in Großstädten

Auf die ausländische Bevölkerung bezogen steigt der Anteil noch deutlich an. Im Mittel liegt die SGB-II-Quote für die ausländische Bevölkerung unter 65 Jahren bei fast einem Viertel. In Berlin, Essen und Hannover sind jeweils fast ein Drittel der ausländischen Einwohner diesen Alters Empfänger von SGB-II-Leistungen. Auch hier liegt München noch knapp unter der 10%-Marke.

In der Gruppe der Kinder sind die Quoten ebenfalls hoch. Die mittlere Quote liegt in westdeutschen Großstädten bei 24%, in den beiden ostdeutschen bei 28%. In Essen, Berlin und Leipzig sind jeweils fast ein Drittel der unter 15-Jährigen auf Sozialgeld angewiesen.

Hohe Kinderarmut in Großstädten

Betrachtet man schließlich nur die ausländischen Kinder und Jugendlichen, steigen die Quoten noch einmal deutlich an: Die mittlere Quote für ausländische Kinder unter 15 Jahren liegt bei 42,7%. In Berlin, Essen und Hannover leben mehr als die Hälfte der ausländischen Kinder in SGB-II-Bedarfsgemeinschaften, in Dortmund, Köln und Nürnberg sind es knapp die Hälfte. Auch die niedrigsten Werte, die in Dresden und München zu finden sind, liegen immer noch bei mehr als einem Viertel der unter 15-Jährigen ohne deutschen Pass.

Im Mittel liegt die SGB-II-Quote für ausländische Kinder in westdeutschen Großstädten bei 42,7%

In der letzten Spalte von Tabelle 6 sind die Armutsgefährdungsquoten für die 14 Großstädte ausgewiesen, die aus dem Mikrozensus berechnet wurden. Diese Daten geben den Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60% des

Medians des Äquivalenzeinkommens der Bevölkerung in der jeweiligen Stadt wieder.

Armutsgefährdungsquote und SGB-II-Quote in Großstädten

Bei der Betrachtung dieser Armutsgefährdungsquoten ist zunächst festzustellen, dass die Unterschiede zwischen den 14 Großstädten geringer sind als bei den SGB-II-Quoten. Ein Vergleich mit den SGB-II-Quoten zeigt zudem, dass in den meisten Großstädten die Armutsgefährdungsquote höher liegt als die SGB-II-Quote. Das Ausmaß der Armut wird in diesen Städten also unterschätzt, wenn man lediglich die SGB-II-Quoten betrachtet.

Insbesondere in München und Stuttgart, in denen für alle Gruppen sehr niedrige SGB-II-Quoten zu verzeichnen sind, ist die Differenz zu den Armutsgefährdungsquoten sehr hoch. Während beispielsweise in München 6,4% der Bevölkerung unter 65 Jahren SGB-II-Leistungen erhalten, gelten dort 17,7% der Bevölkerung als armutsgefährdet, wenn man das Nettoäquivalenzeinkommen in der Stadt als Vergleichsmaßstab heranzieht. Eine ähnlich große Differenz ergibt sich auch in Stuttgart oder Frankfurt a.M. Ursache hierfür dürfte das relativ hohe Einkommensniveau in diesen Städten sein, so dass im Vergleich zur SGB-II-Quote relativ viele Einwohner unter die Armutsgrenze fallen.²³

In vier der 14 Großstädte ist die Armutsgefährdungsquote niedriger als die SGB-II-Quote. Am größten ist diese Differenz in Berlin, wo insgesamt 21% der Bevölkerung unter 65 Jahren SGB-II-Leistungen erhalten, aber nur 14,3% der Gesamtbevölkerung unter der Armutsgrenze von 60% des Medians des Nettoäquivalenzeinkommens leben. Hier dürfte ebenfalls das Einkommensniveau in der Bundeshauptstadt eine Rolle spielen.

Anstieg der Armut bei ausländischen Kindern seit 2006

Während die Kinderarmut in Großstädten 2008 im Mittel um 0,7 Prozentpunkte niedriger lag als zwei Jahre zuvor, ist die Quote für ausländische Kinder und Jugendliche im Mittel um einen Prozentpunkt angestiegen. Die Situation ausländischer Kinder in Großstädten hat sich also verschlechtert.

4.3 Armut ausländischer Kinder in Städten mit 200.000 bis unter 500.000 Einwohnern

2008 gab es in Deutschland 24 Städte in der Größenordnung zwischen 200.000 und 500.000 Einwohnern.²⁴ In den westdeutschen Städten dieser Größe liegt der Ausländeranteil im Mittel bei 14,4%, bei den unter 15-Jährigen bei 12,8%. In den fünf ostdeutschen Städten liegen beide Werte im Mittel unter 5%.

Trotz niedriger Ausländeranteile sind in diesen fünf Städten in Ostdeutschland im Mittel fast die Hälfte der ausländischen Kinder und Jugendlichen auf den Bezug von Sozialgeld angewiesen. In den westdeutschen Städten sind es im Mittel etwas mehr als ein Drittel der unter 15-jährigen Ausländer, die SGB-II-Leistungen erhalten.

*Armutsbetroffenheit
ausländischer Kinder
in Ostdeutschland
höher als in
Westdeutschland*

In Bielefeld, Erfurt und Chemnitz sind es mehr als die Hälfte dieser Gruppe, in Mönchengladbach, Gelsenkirchen, Wuppertal und Magdeburg knapp die Hälfte. Auch in Halle (Saale), Rostock, Bochum und Duisburg sind zwischen 40% und 45% der ausländischen Kinder betroffen. In Bonn, Aachen und Braunschweig liegt der Anteil bei mehr als einem Drittel. Lediglich in Münster, Wiesbaden, Freiburg im Breisgau und in Augsburg überschreiten die Quoten die 30%-Marke nicht. Auch dort erhalten aber mehr als ein Viertel der ausländischen Kinder und Jugendlichen Sozialgeld.

Betrachtet man die SGB-II-Quote für Kinder und Jugendliche insgesamt, führen vier der fünf ostdeutschen Städte die Liste an. Nur in Gelsenkirchen leben ebenfalls mehr als 30% der unter 15-Jährigen in SGB-II-Bedarfsgemeinschaften.

*Kinderarmut in West-
deutschland in Städten
dieser Größenordnung
niedriger als in Städten
ab 500.000 Einw.*

Vergleicht man die westdeutschen Städte dieser Größenordnung mit den Städten ab 500.000 Einwohnern im Westen Deutschlands, zeigt sich, dass sowohl die Kinderarmut insgesamt als auch die Kinderarmut in Migrantenfamilien in den größeren Städten höher liegt.

Dies gilt jedoch nicht für die ostdeutschen Städte. Sowohl die SGB-II-Quote für unter 15-Jährige insgesamt als auch die Quote für die ausländischen Kinder und Jugendlichen sind in den beiden großen Städten Ostdeutschlands niedriger als in den Städten der Größenklasse 200.000 bis 500.000 Einwohner. Die wirtschaftliche Situation der Bevölkerung in den Großstädten Leipzig und insbesondere in Dresden stellt sich also insgesamt besser dar als in den kleineren Städten in Ostdeutschland.

*Kinderarmut in Ost-
deutschland in Städten
dieser Größenordnung
höher als in Städten ab
500.000 Einwohnern*

Allerdings ist auch hier zu bedenken, dass Ausländer nur einen geringen Teil der Bevölkerung unter 15 Jahren ausmachen. Die hohe SGB-II-Quote betrifft also in den ostdeutschen Städten eine kleine Gruppe der Bevölkerung. Umgekehrt beziehen sich die niedrigeren Quoten in westdeutschen Städten, wie z.B. in Wiesbaden, auf fast ein Fünftel der Kinder und Jugendlichen in der Stadt. Absolut betrachtet dürften also in Wiesbaden trotz vergleichsweise niedriger SGB-II-Quote mehr Ausländerkinder von Armut betroffen sein als z.B. in Chemnitz.

Tabelle 7: Ausländeranteil und SGB-II-Quoten in Städten mit 200.000 bis unter 500.000 Einwohnern 2008

Bundesland	Landkreis	Ausländer -anteil		SGB-II-Quoten			
		a.d. Bevölkerung insgesamt	a.d. Bevölkerung unter 15 Jahren	Ausländ. Bevölkerung unter 15 Jahren	Bevölkerung unter 15 Jahren insgesamt	Ausländ. Bevölkerung unter 65 Jahren	Bevölkerung unter 65 Jahren insgesamt
	Mittel insgesamt	11,7	10,4	44,0	25,3	25,4	14,9
	Mittel Westdeutschland	14,4	12,8	37,2	22,2	21,8	13,2
	Mittel Ostdeutschland	3,8	4,2	48,1	33,9	32,9	19,6
Bayern	Augsburg	17,2	14,5	26,7	16,7	16,6	10,0
Baden-Württemberg	Freiburg i. Breisgau	14,0	11,8	26,7	17,0	15,3	8,9
Hessen	Wiesbaden	20,3	18,7	28,1	23,9	16,3	13,6
Nordrhein-Westfalen	Münster	6,8	8,8	28,5	16,4	22,8	8,8
Baden-Württemberg	Karlsruhe	15,2	9,2	30,9	14,8	13,5	8,5
Baden-Württemberg	Mannheim	23,1	19,1	31,1	21,2	14,9	11,3
Nordrhein-Westfalen	Oberhausen	13,0	14,4	32,0	25,1	23,3	15,3
Nordrhein-Westfalen	Krefeld	12,8	10,4	33,5	22,0	21,2	14,7
Niedersachsen	Braunschweig	9,5	6,9	35,3	21,1	19,4	12,7
Nordrhein-Westfalen	Bonn	15,8	13,1	38,3	19,1	18,8	10,4
Nordrhein-Westfalen	Aachen	16,9	13,4	38,3	21,6	17,9	11,4
Nordrhein-Westfalen	Duisburg	16,6	16,0	41,7	28,4	26,7	17,9
Nordrhein-Westfalen	Bochum	11,3	11,2	41,9	22,7	22,1	12,7
Mecklenburg-Vorpommern	Rostock	3,9	4,4	43,7	34,6	32,0	19,9
Sachsen-Anhalt	Halle (Saale)	3,9	5,1	44,6	38,1	34,8	21,9
Sachsen-Anhalt	Magdeburg	3,4	5,1	47,5	34,5	35,5	20,4
Nordrhein-Westfalen	Wuppertal	15,2	13,9	48,1	26,2	28,1	16,3
Nordrhein-Westfalen	Gelsenkirchen	13,9	15,3	48,5	32,4	32,0	20,7
Nordrhein-Westfalen	Mönchengladbach	10,6	9,0	48,9	26,6	30,4	17,1
Sachsen	Chemnitz	4,6	2,7	51,2	29,7	24,0	17,5
Nordrhein-Westfalen	Bielefeld	11,9	11,3	53,6	22,1	31,5	13,9
Thüringen	Erfurt	3,3	3,8	53,6	32,4	38,1	18,2

Quelle: www.wegweiser-kommune.de

Anstieg der Armut ausländischer Kinder seit 2006

Auch in Städten dieser Größenordnung hat die Armut ausländischer Kinder seit 2006 etwas zugenommen. Die Quote lag 2008 etwa zwei Prozentpunkte höher als zwei Jahre zuvor. Betrachtet man die Gruppe der unter 15-Jährigen insgesamt, ist auch hier ein – wenn auch sehr geringer – Rückgang festzustellen.

4.4 Armut ausländischer Kinder in Städten mit 100.000 bis unter 200.000 Einwohnern

In Tabelle 8 sind die 10 Städte mit 100.000 bis unter 200.000 Einwohnern mit den höchsten und den niedrigsten SGB-II-Quoten für ausländische Kinder und Jugendliche ausgewiesen. Von den 43 Städten dieser Größenordnung finden sich lediglich vier in Ostdeutschland.²⁵

In den westdeutschen Städten liegt der Ausländeranteil an der Bevölkerung im Mittel bei 13,1%, unter Kindern und Jugendlichen bei 11,5%. In den vier ostdeutschen Städten dieser Größenklasse liegen beide Werte im Mittel unter 5%.

In den westdeutschen Städten dieser Größenordnung lag die mittlere SGB-II-Quote für ausländische Kinder 2008 bei 37,7%. In den vier ostdeutschen Städten erreicht die mittlere Quote nur einen Wert von 27,9%. Während die Kinderarmutsquote in den westdeutschen Städten mit einem mittleren Wert von 19,6% fast halb so hoch ist wie die für die ausländischen Kinder, zeigt sich dieser Unterschied in den ostdeutschen Städten nicht. Hier liegt die SGB-II-Quote für unter 15-Jährige im Mittel bei 25,8% und ist damit kaum niedriger als die Quote für ausländische Kinder.

*Armut ausländischer
Kinder in West-
deutschland doppelt so
hoch wie im Durch-
schnitt, in Ostdeutsch-
land kaum
Unterschiede*

Die Spannweite dieser Quoten reicht von 12,9% in Jena bis zu 59,4% in Paderborn. In Jena mit der niedrigsten Quote ist zudem festzustellen, dass ausländische Kinder im Vergleich zu den unter 15-Jährigen insgesamt seltener von Armut betroffen sind. In allen übrigen Städten liegt die Quote für ausländische Kinder und Jugendliche deutlich über der Gesamtquote.

Eine Quote von unter 20% findet sich auch in Heidelberg und Erlangen, zwei Universitätsstädten, in denen von einer anderen Zusammensetzung der ausländischen Bevölkerung auszugehen ist. In Siegen, Wolfsburg und Heilbronn, die ebenfalls zu den 10 Städten mit niedrigen Quoten gehören, liegt der Anteil der ausländischen Kinder, die Sozialgeld beziehen, bereits bei über einem Viertel.

In Paderborn, Bergisch-Gladbach, Mülheim an der Ruhr, Offenbach am Main, Oldenburg und Kassel ist mehr als die Hälfte der ausländischen Kinder von Armut betroffen. Diese fünf Städte unterscheiden sich deutlich im Hinblick auf den Ausländeranteil an der Bevölkerung unter 15 Jahren. Während in Offenbach ein Viertel der Kinder und Jugendlichen einen ausländischen Pass besitzt, ist es in Paderborn nicht einmal jeder Zwanzigste. Demnach dürfte in Offenbach eine weitaus höhere Zahl ausländischer Kinder und

Jugendlicher von Armut betroffen sein, als dies in Paderborn der Fall ist.

Tabelle 8: Ausländeranteil und SGB-II-Quoten in Städten mit 100.000 bis unter 200.000 Einwohnern 2008

Bundesland	Landkreis	Ausländeranteil		SGB-II-Quoten			
		a.d. Bevölkerung insgesamt	a.d. Bevölkerung unter 15 Jahren	Ausländ. Bevölkerung unter 15 Jahren	Bevölkerung unter 15 Jahren insgesamt	Ausländ. Bevölkerung unter 65 Jahren	Bevölkerung unter 65 Jahren insgesamt
	Mittel insgesamt	12,2	10,7	36,7	20,2	21,8	12,1
	Mittel Westdeutschland	13,1	11,5	37,7	19,6	21,6	11,7
	Mittel Ostdeutschland	4,2	3,8	27,9	25,8	23,2	15,5
Thüringen	Jena	6,0	4,3	12,9	18,6	7,9	11,8
Baden-Württemberg	Heidelberg	17,0	12,1	14,9	12,0	7,9	6,2
Bayern	Erlangen	14,9	11,0	17,9	10,7*	8,6*	5,9*
Bayern	Ingolstadt	14,9	9,1	19,8	9,7	9,0	6,0
Rheinland-Pfalz	Trier	8,3	7,7	21,4	17,3	12,9	8,8
Baden-Württemberg	Reutlingen	15,7	9,5	21,6	10,4	10,3	6,3
Baden-Württemberg	Ulm	16,9	12,7	21,8	10,0	11,1	5,9
Nordrhein-Westfalen	Siegen	11,7	11,8	25,2	18,1	16,2	10,8
Niedersachsen	Wolfsburg	11,8	8,8	27,5	16,7	13,5	9,5
Baden-Württemberg	Heilbronn	19,9	17,7	27,9	14,4	14,6	8,6
Nordrhein-Westfalen	Herne	15,1	12,9	46,0	25,6	22,3	15,7
Nordrhein-Westfalen	Neuss	12,7	10,0	46,6	19,6	24,5	12,2
Niedersachsen	Osnabrück	8,2	8,1	47,0	22,2	31,3	12,0
Saarland	Saarbrücken	13,6	12,3	47,5	30,7	27,3	18,7
Hessen	Kassel	11,6	13,5	50,2	28,6	36,6	17,1
Niedersachsen	Oldenburg	7,4	6,8	51,4	22,8	27,9	13,5
Hessen	Offenbach a. Main	25,4	24,4	52,0	34,4	32,0	19,1
Nordrhein-Westfalen	Mülheim a.d. Ruhr	10,1	11,2	53,0	21,1	32,7	12,8
Nordrhein-Westfalen	Bergisch Gladbach	6,9	5,5	58,9	13,7	35,7	9,9
Nordrhein-Westfalen	Paderborn	9,0	4,4	59,4	18,4	21,9	11,6

Quelle: www.wegweiser-kommune.de

* Die SGB-II-Quoten für Erlangen sowie die Werte für die hessischen Städte, die sich auf die ausländische Bevölkerung beziehen, stammen aus dem Jahr 2007.

Wie bereits bei den größeren Städten ist auch bei den Städten mit 100.000 bis unter 200.000 Einwohnern zwar ein – sehr geringer – Rückgang der Kinderarmut insgesamt festzustellen, gleichzeitig jedoch ein Anstieg der Armut unter ausländischen Kindern. Gegenüber 2006 lag die SGB-II-Quote für unter 15-Jährige 2008 im Schnitt einen Prozentpunkt niedriger, die Quote für die ausländischen Einwohner dieser Altersgruppe aber um einen Prozentpunkt höher als zwei Jahre zuvor.

*Zunahme der Armut
ausländischer Kinder
seit 2006*

4.5 Armut ausländischer Kinder in Städten mit 50.000 bis unter 100.000 Einwohnern

In den 84 westdeutschen Städten der Größenklasse 50.000 bis unter 100.000 Einwohner, für die Daten vorliegen, liegt der mittlere Ausländeranteil bei 10,6%, bei den Kindern und Jugendlichen bei 9,5%. In den acht ostdeutschen Städten dieser Größenklasse sind es lediglich 3,4% bzw. 3,8%.²⁶

Während die SGB-II-Quote für Kinder unter 15 Jahren in Westdeutschland im Mittel bei 17,1% liegt, ist sie in den ostdeutschen Städten mit einem mittleren Wert von 33,1% fast doppelt so hoch. Betrachtet man nur die ausländischen Kinder, verschwinden diese Ost-West-Unterschiede fast völlig. In den westdeutschen Städten liegt die mittlere SGB-II-Quote für ausländische Kinder und Jugendliche bei fast einem Drittel, in den ostdeutschen nur etwas darüber.

*Hohe Kinderarmut in
Ostdeutschland –
kaum Ost-West-
Unterschiede bei der
SGB-II-Quote
ausländischer Kinder*

Die Spannweite für diese Quote liegt bei den Städten mit 50.000 bis unter 100.000 Einwohnern zwischen 8,6% in Friedrichshafen und 81% in Delmenhorst. In Bamberg und Greifswald werden noch Werte unter 15% erreicht, in Meerbusch, Tübingen, Rosenheim, Kempten, Konstanz, Bad Homburg vor der Höhe und Dormagen liegen die Quoten zwischen 15% und 20%.

*Große Unterschiede
zwischen den Städten*

Unter den 10 Städten mit den höchsten Quoten liegen die Werte – mit Ausnahme von Marl – durchgehend über 50%. In Schwerin sind 71,1% und in Delmenhorst sogar 81% der ausländischen Kinder und Jugendlichen im SGB-II-Bezug. Die festgestellte große Spannweite der SGB-II-Quoten findet sich also in Ost- wie in Westdeutschland.

Tabelle 9: Ausländeranteil und SGB-II-Quoten in Städten mit 50.000 bis unter 100.000 Einwohnern 2008

Bundesland	Landkreis	Ausländeranteil		SGB-II-Quoten			
		a.d. Bevölkerung insgesamt	a.d. Bevölkerung unter 15 Jahren	Ausländ. Bevölkerung unter 15 Jahren	Bevölkerung unter 15 Jahren insgesamt	Ausländ. Bevölkerung unter 65 Jahren	Bevölkerung unter 65 Jahren insgesamt
	Mittel insgesamt	10,4	9,0	31,9	18,2	20,0	11,3
	Mittel Westdeutschland	10,6	9,4	32,6	17,1	19,9	10,6
	Mittel Ostdeutschland	3,3	3,7	35,4	33,1	27,8	20,1
Baden-Württemberg	Friedrichshafen	13,3	8,1	8,6	5,3	5,8	4,2
Bayern	Bamberg	8,5	10,1	11,9	12,1	13,8	7,8
Mecklenburg-Vorpommern	Greifswald	4,6	4,4	13,1	34,0	10,1	18,8
Nordrhein-Westfalen	Meerbusch	9,6	10,3	16,2	7,6	11,3	5,5
Baden-Württemberg	Tübingen	13,7	7,3	16,4	7,2	6,5	3,8
Bayern	Rosenheim	16,0	12,1	16,5	12,1	9,5	7,2
Bayern	Kempten (Allgäu)	11,2	8,7	17,0	10,0	10,5	6,3
Baden-Württemberg	Konstanz	13,7	12,9	18,0	10,6	9,9	5,6
Hessen	Bad Homburg v.d. Höhe	16,6	14,9	18,2	9,8	11,3	6,2
Nordrhein-Westfalen	Dormagen	10,1	11,3	18,6	11,6	13,4	6,8
Nordrhein-Westfalen	Marl	8,9	10,1	47,2	25,0	29,8	14,8
Hessen	Gießen	11,6	11,6	50,6	28,0	29,6	15,1
Nordrhein-Westfalen	Minden	8,1	8,3	51,4	22,6	27,5	13,7
Nordrhein-Westfalen	Herford	8,5	8,6	51,7	20,1	37,7	14,4
Nordrhein-Westfalen	Detmold	7,3	6,0	54,6	20,6	32,3	14,3
Schleswig-Holstein	Neumünster	6,2	6,1	56,4	28,5	41,5	18,5
Nordrhein-Westfalen	Wesel	6,6	5,6	57,3	21,4	32,6	14,6
Nordrhein-Westfalen	Gladbeck	11,1	12,0	58,8	26,8	36,9	17,0
Mecklenburg-Vorpommern	Schwerin	3,9	5,9	71,1	38,3	66,6	22,1
Niedersachsen	Delmenhorst	8,4	6,8	81,0	29,8	46,1	18,3

Quelle: www.wegweiser-kommune.de

Rückgang der Kinderarmut gegenüber 2006 in Ostdeutschland höher – Kinderarmut unter Ausländern aber auch stärker angestiegen

Auch bei den Städten mit 50.000 bis unter 100.000 Einwohnern ist seit 2008 ein geringer Rückgang der Kinderarmut zu verzeichnen, während die Kindearmut unter Ausländern zugenommen hat. Anders als bei den bisher betrachteten Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern zeigt sich hierbei ein Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland. So ist die Kinderarmut insgesamt in den ostdeutschen Städten um fast drei Prozentpunkte zurückgegangen, während die Armut unter Ausländerkindern hier 2008 um 4,6 Prozentpunkte höher lag als zwei Jahre zuvor. In den westdeutschen Städten liegt der Rückgang der Kinderarmut unter einem Prozent-

punkt und der Anstieg bei ausländischen Kindern bei 1,1 Prozentpunkten.

5 Fazit

Die Daten zu Landkreisen und Städten ab 50.000 Einwohnern haben klare Ost-West-Unterschiede gezeigt. In den Städten und Landkreisen Ostdeutschlands ist der Anteil der Ausländer an der Bevölkerung insgesamt bzw. an der Bevölkerung unter 15 Jahren erheblich niedriger als in Westdeutschland. In ostdeutschen Landkreisen sowie in den betrachteten ostdeutschen Städten liegt der Ausländeranteil im Schnitt unter 5%.

Ausländeranteil in den ostdeutschen Bundesländern unter 5%

Ausländer leben vor allem in Großstädten. Sie sind, wie aufgezeigt, nur ein Teil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Der Ausländeranteil an der Bevölkerung unter 15 Jahren liegt in den westdeutschen Großstädten im Mittel bei 14,5%, in den westdeutschen Städten mit 50.000 bis 100.000 Einwohnern bei 9,5% und in westdeutschen Landkreisen bei 5,2%. Für die ostdeutschen Landkreise und Städte ergibt sich eine ähnliche Abstufung, wenn auch auf deutlich niedrigerem Niveau.

Ausländer leben in Großstädten

Dabei ist jedoch zu bedenken, dass mit dem Ausländeranteil immer nur ein Teil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund erfasst wird. Wie die Analysen des Mikrozensus zeigen, besitzen insbesondere unter den unter 15-Jährigen viele Kinder aus Zuwandererfamilien einen deutschen Pass, werden also nicht zur Gruppe der Ausländer gezählt (vgl. 3.3, S. 10f.). Dennoch bleibt der Ausländeranteil ein Indikator auch für die Gruppe der Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Auch wenn der Migrantenanteil tatsächlich höher sein dürfte als der Ausländeranteil, dürfte die Verteilung der Migrantenbevölkerung auf Landkreise und Städte unterschiedlicher Größenklasse in etwa der Verteilung der ausländischen Bevölkerung entsprechen.

Ausländer sind nur ein Teil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund

In den ostdeutschen Landkreisen und Städten ist Kinderarmut weitaus stärker verbreitet als im Westen des Landes. Ausländische Kinder sind hiervon kaum häufiger betroffen als im Durchschnitt. In den Landkreisen und Städten der westlichen Bundesländer ist die Kinderarmut insgesamt geringer, die SGB-II-Quoten für ausländische Kinder erreichen jedoch die zwei- bis dreifache Höhe.

Kinderarmut ist in Ostdeutschland erheblich weiter verbreitet als im Westen

Kinderarmut ist ebenfalls ein Phänomen großer Städte. In Westdeutschland nimmt die SGB-II-Quote für unter 15-Jährige mit jeder der betrachteten Größenklassen ab. Liegt die mittlere Quote in

Kinderarmut ist in Westdeutschland ein Phänomen großer Städte

westdeutschen Großstädten noch bei fast einem Viertel, sinkt die Quote in Städten mit 50.000 bis unter 100.000 Einwohnern auf 16,8%. In Landkreisen liegt dieser Wert knapp unter 10%. Ein ähnlicher Zusammenhang zwischen Größenklasse und Armut ergibt sich im Hinblick auf ausländische Kinder in Westdeutschland. Im Schnitt liegt die SGB-II-Quote für ausländische Kinder in den westdeutschen Großstädten bei 42%, in Städten mit 50.000 bis unter 100.000 Einwohnern bei 32,6% und in Landkreisen bei 22,8%.

In Ostdeutschland besteht kein Zusammenhang mit der Größenklasse

In Ostdeutschland ist dieser Zusammenhang nicht zu beobachten. Die höchste SGB-II-Quote für unter 15-Jährige findet sich in Ostdeutschland in der kleinsten der betrachteten Größenklassen. In Städten mit 50.000 bis unter 100.000 Einwohnern liegt der Anteil der Kinder, die Sozialgeld erhalten, bei über einem Drittel. In der Größenklasse darüber ist es „nur“ etwas mehr als ein Viertel, in Landkreisen immer noch fast ein Viertel.

Große Unterschiede zwischen den Bundesländern

Des Weiteren sind Unterschiede zwischen den Bundesländern festzustellen. In bayerischen und baden-württembergischen Städten finden sich fast durchweg niedrige SGB-II-Quoten, in Nordrhein-Westfalen gibt es Städte mit besonders hohen und besonders niedrigen Quoten.

Anstieg der Armut ausländischer Kinder seit 2006

Seit 2006 hat die Armut ausländischer Kinder in Landkreisen und Städten zugenommen. 2008 waren die SGB-II-Quoten durchweg höher als zwei Jahre zuvor. Dieser Anstieg fällt jedoch relativ gering aus. Der Abstand zur SGB-II-Quote für unter 15-Jährige insgesamt ist gewachsen, da im Hinblick auf Kinderarmut insgesamt ein geringer Rückgang zu verzeichnen war. Die vorliegenden Daten reichen allerdings nur bis 2008. Seither ist – auch in Folge der Wirtschaftskrise – wieder ein Anstieg der Kinderarmut zu verzeichnen.

Große Unterschiede zwischen Landkreisen und zwischen Städten verweisen auf Bedeutung lokaler Daten

Insgesamt ist festzuhalten, dass die Spannweite der Quoten in West- wie in Ostdeutschland teilweise sehr hoch ist. Die geschilderten Zusammenhänge sollten daher nicht darüber hinwegtäuschen, dass einzelne Landkreise und einzelne Städte besonders hohe oder besonders niedrige Werte aufzuweisen haben. Auch das hat die Analyse gezeigt. Dies verdeutlicht, dass es für den einzelnen Landkreis wie auch für die einzelne Stadt oder Gemeinde von großer Bedeutung ist, die eigenen Daten genau zu untersuchen. Nur wenn bekannt ist, wie stark das Ausmaß an Armut unter ausländischen Kindern vor Ort ist, können auch angemessene und auf die örtlichen Bedürfnisse abgestimmte Maßnahmen ergriffen werden. Dies zeigt das Beispiel der beiden Landkreise Vulkaneifel in Rheinland-Pfalz und Wesermarsch in Niedersach-

sen. Diese beiden Landkreise mit einem niedrigen Ausländeranteil an den unter 15-Jährigen unterscheiden sich deutlich im Hinblick auf die Armutsbetroffenheit dieser Gruppe. Die Ursachen hierfür sind nur mit Hilfe weiterer Daten zur Wirtschafts- und Sozialstruktur vor Ort zu klären.

6 Abbildungen und Tabellen

Abbildung 1:	Zusammensetzung der Bevölkerung in den Altersgruppen nach Migrationshintergrund und Staatsangehörigkeit 2009	11
Tabelle 1:	Anteil der Ausländer an der Bevölkerung unter 15 Jahren in den Bundesländern 2005 bis 2008	12
Tabelle 2:	Armutgefährdungsquoten und SGB-II-Quoten nach Migrationshintergrund und Staatsangehörigkeit 2008	13
Tabelle 3:	Anteil der ab 25-Jährigen ohne Schulabschluss und ohne qualifizierenden Berufsabschluss nach Migrations hintergrund und Staats angehörigkeit 2009	14
Tabelle 4:	Ausländeranteil und SGB-II-Quoten in den Landkreisen 2008	17
Tabelle 5:	Anteil der Landkreise in den Bundesländern mit überdurchschnittlichen SGB-II-Quoten 2008	19
Tabelle 6:	Ausländeranteile, SGB-II-Quoten und Armutsgefährdungsquoten in Städten ab 500.000 Einwohnern 2008	20
Tabelle 7:	Ausländeranteil und SGB-II-Quoten in Städten mit 200.000 bis unter 500.000 Einwohnern 2008	24
Tabelle 8:	Ausländeranteil und SGB-II-Quoten in Städten mit 100.000 bis unter 200.000 Einwohnern 2008	26
Tabelle 9:	Ausländeranteil und SGB-II-Quoten in Städten mit 50.000 bis unter 100.000 Einwohnern 2008	28

7 Literatur

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2010): Bildung in Deutschland 2010. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Perspektiven des Bildungswesens im demografischen Wandel. Bielefeld.

Becker, Bernd und Bettina Mertel (2010): Aspekte regionaler Armutsmessung in Deutschland. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 4, 2010, S. 383-395.

Bundesjugendkuratorium (2009): Kinderarmut in Deutschland. Eine drängende Handlungsaufforderung an die Politik.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2008): Lebenslagen in Deutschland. 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2008): Nationaler Aktionsplan. Für ein kindergerechtes Deutschland 2005-2010. Zwischenbericht. Berlin.

UN-Kinderrechtskonvention. Übereinkommen über die Rechte des Kindes. Am 5. April 1992 für Deutschland in Kraft getreten.

Hock, Beate, Gerda Holz, Renate Simmedinger und Werner Wüstendörfer (2000): Gute Kindheit – Schlechte Kindheit? Armut und Zukunftschancen von Kindern in Deutschland. Abschlussbericht zur Studie im Auftrag des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt. Frankfurt a.M.

Lampert, Thomas und Bärbel-Maria Kurth (2007): Sozialer Status und Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. In: Deutsches Ärzteblatt, Heft 10, November 2007, S. 521-526.

Robert-Koch-Institut (2008): Kinder- und Jugendgesundheitsurvey (KiGGS) 2003-2008: Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund in Deutschland. Beiträge zur Gesundheitsberichterstattung des Bundes. Berlin.

Santel, Bernhard (2006): Zentrale Resultate der Sonderauswertung aus dem Mikrozensus 2005 in Nordrhein-Westfalen. Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen.

Statistisches Bundesamt (2010): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2008.

Woellert, Franziska, Steffen Kröhnert, Lilli Sippel und Reiner Klingholz (2009): Ungenutzte Potenziale. Zur Lage der Integration in Deutschland. Hrsg. vom Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.

8 Endnoten

- ¹ Nach der Definition der „bekämpften Armut“ wird hier der SGB II-Bezug als Indikator für Kinderarmut herangezogen, die natürlich nicht mit der „absoluten Armut“ von Kindern in Entwicklungsländern gleichzusetzen ist.
- ² Der Mikrozensus ist eine deutschlandweite repräsentative Befragung, die 1% der Bevölkerung, also ca. 800.000 Personen, umfasst
- ³ Migrationshintergrund haben laut Mikrozensus: „alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten, sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil.“
- ⁴ Vgl. z.B. Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2008).
- ⁵ Vgl. z.B. Hock, Beate et al. (2000).
- ⁶ Vgl. z.B. Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2010).
- ⁷ Vgl. z.B. Lampert & Kurth (2007), Robert-Koch-Institut (2008).
- ⁸ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2008), S. 36.
- ⁹ Zur Berechnung des Nettoäquivalenzeinkommens wird die Summe aller Einkünfte der Haushaltsmitglieder herangezogen. Diese Summe wird auf die einzelnen Haushaltsmitglieder aufgeteilt, wobei verschiedene Haushaltsmitglieder mit unterschiedlicher Gewichtung eingehen. Nach der neuen OECD-Skala geht der Hauptbezieher des Einkommens mit dem Faktor 1 in die Gewichtung ein, alle anderen Haushaltsmitglieder ab 14 Jahren mit einem Gewicht von 0,5 und unter 14-Jährige mit einem Gewicht von 0,3. Ist der Wert, der so für ein Haushaltsmitglied berechnet wurde, niedriger als 50% bzw. 60% des Medians der Gesamtgruppe, fällt die Person unter die Armutsgrenze.
- ¹⁰ Neben Arbeitslosengeld II und Sozialgeld zählen folgende Sozialleistungen ebenfalls zu den Mindestsicherungsleistungen: Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen nach SGB XII, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach SGB XII, Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sowie Leistungen der Kriegsopferfürsorge nach dem Bundesversorgungsgesetz.
- ¹¹ Im Mikrozensus werden jährlich grundlegende Daten über die Struktur der Bevölkerung, die Entwicklung des Arbeitsmarktes und die Art der Erwerbsbeteiligung im gesamten Bundesgebiet ermittelt. Jährlich wird 1% aller Haushalte im Bundesgebiet befragt. Neben dem Grundprogramm, das zumeist auskunftspflichtige Fragen umfasst, werden Ergänzungs- und Zusatzprogramme mit vorwiegend freiwilligen Fragen erhoben. Die zusätzlichen Themen werden in einer reduzierten Stichprobengröße und in mehrjährigem, meist vierjährigem Turnus erhoben. Hierzu gehört auch die detaillierte Erfassung des Migrationshintergrundes.
- ¹² Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) des DIW Berlin ist eine jährliche repräsentative Wiederholungsbefragung privater Haushalte, das für die sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Grundlagenforschung Mikrodaten bereitstellt. Erfasst werden objektive Lebensbedingungen, aber auch Persönlichkeitsmerkmale, Wertvorstellungen, Risikoeinstellungen sowie Zusammenhänge zwischen diesen Bereichen und deren Veränderungen.
- ¹³ Datenübermittlung an Gemeinden gemäß §53, Abs. 6 SGB II.

-
- ¹⁴ Zur genauen definitorischen Abgrenzung von Personen mit Migrationshintergrund siehe Statistisches Bundesamt (2010), S. 371f.
- ¹⁵ In den alten Bundesländern beruht die amtliche Bevölkerungsstatistik auf der Volkszählung von 1987, in den neuen Bundesländern auf einem Abzug des früheren Zentralen Einwohnerregisters zum 3.10.1990. Darauf aufbauend werden die Einwohnerzahlen für die Folgejahre durch die sogenannte Bevölkerungsfortschreibung ermittelt, indem die Geburten und die Zuwanderungen Jahr für Jahr addiert und die Sterbefälle und die Abwanderungen subtrahiert wurden.
- ¹⁶ Die Gemeinden selbst haben die Möglichkeit, die Daten ihrer Einwohnermelderegister auszuwerten und hierbei neben der ersten auch evtl. vorhandene weitere Staatsangehörigkeiten zu berücksichtigen. Damit kann der Anteil der Bevölkerung ausgewiesen werden, der eine erste *oder* zweite ausländische Staatsangehörigkeit besitzt. Zwar werden auch hier nicht alle Personen mit Migrationshintergrund erfasst, die Daten geben jedoch insbesondere für die jüngeren Altersgruppen, in denen viele Kinder ausländischer Eltern als erste die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, ein realistischeres Bild ab als die Betrachtung der ersten Staatsangehörigkeit allein.
- ¹⁷ Voraussetzung ist, dass ein Elternteil seit 8 Jahren rechtmäßig seinen gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland hat sowie über eine Aufenthaltsberechtigung verfügt oder seit drei Jahren eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis besitzt. Kinder bis 10 Jahre, die vor dem Januar 2000 geboren wurden, konnten ebenfalls eingebürgert werden, wenn diese Voraussetzungen bei ihrer Geburt vorlagen. Diese Änderungen des Staatsbürgerschaftsrechts schlagen sich in der amtlichen Statistik nieder. So wurden beispielsweise 1999 in Nordrhein-Westfalen 25.956 Geburten nicht deutscher Kinder registriert; im Jahr waren es lediglich noch 13.843. Die Folge ist, dass in den jüngeren Altersgruppen der Ausländeranteil sinkt, der Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund aber ansteigt.
- ¹⁸ Die Korrelation zwischen Armutsgefährdungsquote und SGB-II-Quote liegt bei 0,88, es besteht also ein sehr enger Zusammenhang (Becker/Mertel 2010, S. 392).
- ¹⁹ Vgl. z.B. Santel (2006).
- ²⁰ Auf eine Betrachtung von Städten und Gemeinden unter 50.000 Einwohnern wird hier verzichtet. Da in Niedersachsen und Bayern Daten zur Zahl der ausländischen Bevölkerung lediglich für Kreise und kreisfreie Städte, nicht jedoch für kreisangehörige Städte vorliegen und ein Großteil der Städte mit weniger als 50.000 Einwohnern zu den kreisangehörigen Städten zählt, könnten niedersächsische und bayerische Städte hier nicht ausreichend berücksichtigt werden.
Zur Verfügung stehen die Daten zum SGB-II-Bezug für die Jahre 2006 bis 2008. Da die Daten zum SGB-II-Bezug von Ausländern in Hessen für 2008 nicht vorlagen, wurden für hessische Landkreise und Städte die Daten von 2007 betrachtet.
- ²¹ Die Ergebnisse für die übrigen Landkreise können unter www.wegweiser-kommune.de abgerufen werden.
- ²² Vgl. Woellert et. al 2009.
- ²³ So liegt der Anteil der Münchner Bevölkerung, die unter die Armutsgrenze von 60% - gemessen am Bundesmedian des Nettoäquivalenzeinkommens - fällt, auch lediglich bei 9,9%. Die enge Korrelation zwischen Armutsgefährdungsquote und SGB-II-Quote gilt entsprechend nur dann, wenn man den Median des Nettoäquivalenzeinkommens im Bundesgebiet insgesamt heranzieht.

- ²⁴ Die beiden Städte Kiel und Lübeck, die in diese Größenklasse fallen, konnten nicht in die Analyse mit einbezogen werden, da die SGB-II-Daten 2008 nicht plausibel waren.
- ²⁵ Für Göttingen und Hildesheim in Niedersachsen, die ebenfalls zu dieser Größenklasse gehören, liegen als kreisangehörige Städte keine Daten zur ausländischen Bevölkerung unter 15 Jahren vor. SGB-II-Quoten für die ausländische Bevölkerung konnten daher nicht berechnet werden.
- ²⁶ Für die folgenden kreisangehörigen Städte dieser Größenklasse in Niedersachsen liegen keine Daten zur ausländischen Bevölkerung unter 15 Jahren vor: Lüneburg, Celle, Garbsen, Hameln, Wolfenbüttel, Nordhorn, Langenhagen, Lingen und Cuxhaven. Des Weiteren fehlen die Daten zur ausländischen Bevölkerung in Neu-Ulm, Bayern, sowie den ostdeutschen Städten Zwickau, Plauen und Görlitz. SGB-II-Quoten für die ausländische Bevölkerung konnten daher nicht berechnet werden.